



JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen

UMWELT!
KLIMA!
LIBERALE?



NIE WAR MEHR ANFANG ALS JETZT!

Verhelfe auch Du einem Freund oder Bekannten zu seinem Anfang bei den JuLis. Einfach Mitgliedsantrag ausschneiden, ausfüllen lassen und dem Vorsitzenden deiner Untergliederung geben.

SCHON IST ER DABEI. SO EINFACH KANN ES GEHEN!

VORNAME

NACHNAME

GEBURTSDATUM

BUNDESLAND

ADRESSE

TELEFONNUMMER

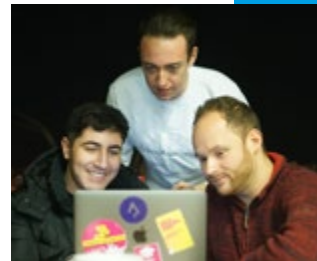
E-MAIL

DATUM/UNTERSCHRIFT

NOCH EINFACHER GEHT ES ONLINE UNTER: www.julis.de/mitmachen

Praxisseminar in Stuttgart

Beim Praxisseminar 2018 in Stuttgart konnten wir viele Neumitglieder begrüßen und gemeinsam mit tollen Referenten unser Wissen in den Bereichen Programmatik, Presse, Organisation und Schatzmeisterei erweitern. Nach der traditionellen Dreikönigskundgebung der Freien Demokraten besuchten uns außerdem FDP-Abgeordnete der Jungen Gruppe und beantworteten uns in einem Speed-Dating alle Fragen zur Arbeit der neuen Fraktion.



INHALT 01/2018



4-5

„Nach uns die Sintflut“ ist keine Option

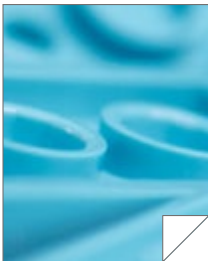
Lukas Köhler schlug oft Skepsis entgegen, wenn er gesagt hat, dass er im Bundestag für die FDP gerne Umwelt- und Klimapolitik machen möchte. Jetzt kann und will genau dort mitgestalten.



8-9

Liberaler Umweltpolitik als Umweltritter?

Auch die Freien Demokraten wollen einen Beitrag zum Schutz von Umwelt und Klima leisten. Doch können Liberalismus und Marktwirtschaft dabei tatsächlich helfen?



14-15

Blaues Wachstum – eine liberale Lebenslüge

Auch die liberale Familie hat ihre Lebenslügen. Eine dieser Lebenslügen ist der Glaube, allein der technische Fortschritt würde die drängenden Umweltprobleme unserer Zeit lösen. Es ist Zeit für ein umfassendes liberales Umweltprogramm.



22-23

Warum Zoos den Löwenanteil am Artenschutz haben

Tiger, Elefanten und Pandabären kennt jedes Kind. Dass sie gefährdet sind ist inzwischen eine traurige Selbstverständlichkeit. Was können Zoos und private Halter dagegen tun?

EDITORIAL

HALLO,
IHR LIEBEN!

Im letzten Heft habe ich noch nach euren Visionen für eine mögliche Jamaika-Koalition gefragt. Doch nun kommt es wahrscheinlich erneut zu einer GroKo, nachdem die Sondierungen der FDP mit CDU/CSU sowie Grünen gescheitert sind. Mitverantwortlich für das Scheitern der Sondierungen war anhaltender Dissens bei Fragen der Umwelt- und Energiepolitik. Anschließend wurde die FDP häufig als Anti-Umwelt-Partei dargestellt. Die gesamte Umwelt- und Energiepolitik der Liberalen wurde auf ein ständiges „Dagegen“ reduziert. Räumen wir als JuLis mit diesem Vorurteil auf. Denn es gibt liberale Umwelt- und Energiepolitik.

Zugegeben: Umwelt- und Energiepolitik ist ein weites Feld. Wie sieht die Zukunft der Energiegewinnung aus? Wie können wir die Klimaziele von Paris erreichen? Reicht allein der Glaube an blaues Wachstum oder braucht es Fahrverbote und Subventionen? Wiegen ökologische oder ökonomische Interessen schwerer? Welche Konzepte haben wir im Bereich des Artenschutzes? Und was unterscheidet liberale Umweltpolitik nun letztendlich von der anderer politischer Strömungen? Wir haben Antworten auf die drängenden umwelt- und energiepolitischen Fragen unserer Zeit. Einige davon kannst du in diesem Heft lesen. Viel Spaß!



Eure Laura

Für Fragen und Feedback erreicht ihr mich jederzeit unter schieritz@julius.de.

- 2 Kurz und Knapp
- 4 „Nach uns die Sintflut“ ist keine Option
- 6 Liberale Umweltpolitik als Umweltritter?
- 8 Umweltschutz ist mehr als nur Frösche über die Straße tragen
- 9 Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur ökologischen Marktwirtschaft
- 10 Neues Denken in der Klimapolitik
- 12 Internationale Seite
- 14 Blaues Wachstum – eine liberale Lebenslüge
- 16 Von Affenzirkus bis Schlaraffenland
- 18 Innovation und Fortschritt statt reaktionärer Kargheit
- 20 Gehört der Wolf ins Jagdrecht?
- 22 Warum Zoos den Löwenanteil am Artenschutz haben
- 23 Impressum



**„NACH UNS
DIE
SINTFLUT“
IST
KEINE
OPTION**

„Umwelt und Klima? Ihr Liberale interessiert euch doch sonst nur für Wirtschaft und Steuern!“ Sowas habe ich schon oft zu hören bekommen, wenn ich gesagt habe, dass ich im Bundestag gerne Umwelt- und Klimapolitik machen möchte. Seit ich nun tatsächlich in Berlin bin, sind die meisten Leute nicht mehr ganz so direkt, aber häufig immer noch überrascht, wenn ein junger liberaler Abgeordneter sagt, dass er sich für diese Themen interessiert.

Aber seien wir mal ehrlich: So ganz unschuldig ist die FDP nicht an dem Image einer Partei, die im Zweifel lieber die kurzfristigen Interessen von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen vertritt, als sich für eine nachhaltige Umweltpolitik einzusetzen. Denn in der Zeit bis 2013 konnte man diesen Eindruck ja tatsächlich gewinnen. Auch da gab es einzelne Abgeordnete, die sich für die Umwelt stark gemacht haben. Von außen wahrgenommen hat man jedoch eher den Hohn und Spott der FDP-Führung, wenn die Grünen die Umwelt mal wieder mit staatlicher Lenkung und Umerziehung retten wollten. Liberale Alternativen? Fehl-anzeige. So verabschiedet man sich natürlich kampflos aus dem Ringen um die besten Lösungen. Und dann muss man sich auch nicht wundern, wenn die als Verbotsparterie belächelten Grünen immer größeren Einfluss gewinnen – auch dadurch, dass sich ihre Ideen in der Union und SPD immer mehr durchsetzen.

Wieder Vorreiter einer progressiven Umweltpolitik

2013 war für die FDP eine historische Zäsur. Wir haben in den Jahren danach mit alten Strukturen gebrochen, uns personell erneuert, inhaltlich verbreitert und neue Schwerpunkte gesetzt, ohne unsere alte Programmatik über Bord zu werfen. Jetzt haben wir die Möglichkeit, auch in der Umweltpolitik neue Akzente zu setzen. Probleme nicht mehr zu leugnen, sondern der häufig einfachsten Lösung, Dinge zu verbieten, unsere liberalen Ideen entgegenzusetzen. Wir können wieder Vorreiter einer progressiven Umweltpolitik sein – so, wie es die Liberalen vor fast 50 Jahren schon einmal waren.

Damals stellte die FDP mit Hans-Dietrich Genscher den ersten Umweltminister der Bundesrepublik und war 1971 die erste deutsche Partei, die sich programmatisch mit der Thematik auseinandergesetzt hat. In den damals beschlossenen Freiburger Thesen widmete sich eins von vier Kapiteln explizit der Umwelt. Warum das gerade für Liberale so wichtig ist, wird in einem Satz ganz besonders deutlich: „Zu den unabdingbaren Menschenrechten gehört eine Umwelt in bestem Zustand.“

Schauen wir nicht zu

Diese Erkenntnis prägt heute auch mein eigenes umweltpolitisches Denken und Handeln. Und die bereits sichtbaren sowie die drohenden Folgen des Klimawandels machen ganz besonders deutlich, wie sehr die Menschenrechte und eine intakte Umwelt miteinander verknüpft sind. Denn steigende Meeresspiegel, immer heftigere Unwetter oder lange Dürreperioden bedrohen heute schon die wirtschaftliche Existenz und immer öfter sogar Leib und Leben der Menschen in Teilen des globalen Südens. Dabei dürfen wir als Liberale nicht zuschauen. Und vor allem dürfen wir den Kampf gegen den Klimawandel nicht denen überlassen, die auf Planwirtschaft und Verbote setzen. Stattdessen brauchen wir mehr Marktwirtschaft in der Klimapolitik. Vor allem müssen wir den

europäischen Emissionshandel weiterentwickeln. Eine kurze, etwas vereinfachte Erklärung für diejenigen, die sich damit noch nicht beschäftigt haben: Beim Emissionshandel legt die Politik fest, wie viele Tonnen CO₂ jedes Jahr in die Luft geblasen werden dürfen. Die Unternehmen können dann für jede Tonne, die sie ausstoßen wollen, ein Zertifikat kaufen und diese Emissionsrechte dann auch untereinander handeln. Dadurch bildet sich der Preis für CO₂ auf marktwirtschaftliche Weise, durch Angebot und Nachfrage. Die Unternehmen haben so einen Anreiz, nach Möglichkeiten zu suchen, CO₂ einzusparen. Dazu braucht es dann keine politischen Vorgaben, wo genau und mit welcher Technik das passieren soll, denn die Unternehmen werden immer an der Stelle einsparen, an der es sich für sie am meisten lohnt. Vor allem werden sie immer bessere Technologien entwickeln, die ihnen dabei helfen – und von denen ich als Politiker, genau wie alle meine Kollegen in den Parlamenten oder Ministerien, überhaupt keine Ahnung habe, dass es sie überhaupt einmal geben könnte.

Leider ist das System noch nicht perfekt. Es sind noch zu viele Zertifikate im Markt, wodurch der Preisdruck niedrig bleibt. Außerdem ist nur ein Teil der Emissionen erfasst und einzelne Wirtschaftsbereiche wie beispielsweise der Verkehrssektor oder die Landwirtschaft sind vollständig ausgenommen. Es gibt allerlei Stellschrauben, an denen noch gedreht werden muss. Ich will mich in den nächsten Jahren dafür einsetzen, dass das auch passiert. Subventionen für erneuerbare Energien brauchen wir dann übrigens nicht mehr. Das EEG können wir also gestrost abschaffen. Seine einzig nachhaltige Wirkung hatte es ohnehin nur auf die Strompreise der Verbraucher, die durch die Decke gegangen sind.

Klimaziele als Frage der Generationengerechtigkeit

Viel ist in den letzten Monaten von den Klimazielen zu lesen gewesen. An das nationale Ziel, in Deutschland bis zum Jahr 2020 40 Prozent CO₂ gegenüber 1990 einzusparen, glaubt heute niemand mehr – es sei denn, er ist bereit, Teile Deutschlands dafür quasi zu deindustrialisieren und damit massiv Arbeitsplätze und wirtschaftliche Existenzen aufs Spiel zu setzen. Ein teures Vorhaben, nur um eine Zahl zu erreichen, die gar nicht so entscheidend ist. Es gibt aber auch völkerrechtlich verbindliche Ziele, die im Pariser Abkommen festgelegt wurden. Diese Ziele müssen wir erreichen. In Paris haben sich die meisten Staaten der Welt verpflichtet, bestimmte Mengen CO₂ einzusparen, um die Erderwärmung unter zwei Grad, besser noch unter 1,5 Grad im Vergleich zur Zeit vor Beginn der Industrialisierung zu halten.

Niemand kann die genauen Folgen vorhersagen, falls uns das nicht gelingen sollte. Aber sie drohen verheerend zu werden. Gerade wir als JuLis haben ein besonderes Interesse daran, das Schlimmste zu verhindern. Denn wir haben uns die Generationengerechtigkeit ganz besonders groß auf unsere Fahnen geschrieben. Wenn wir es ernst damit meinen, müssen wir unseren Kindern und Enkeln zumindest eine Umwelt in bestmöglichem Zustand hinterlassen. Die Alternative – nach uns die Sintflut, im wahrsten Sinne des Wortes – ist definitiv keine Option.



DR. LUKAS KÖHLER (31), hat in Philosophie über die Repräsentation von Non-Voice-Partys in Demokratien promoviert und war Landesvorsitzender JuLis Bayern. Seit 2017 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags und vertritt die FDP-Fraktion als klimapolitischer Sprecher sowie als Obmann im Umweltausschuss. Ihr erreicht ihn unter lukas.koehler@bundestag.de

MEHR ALS NUR FRÖSCHE ÜBER DIE STRASSE TRAGEN

Wir wissen, wie wichtig Umweltschutz ist.
Zeigen wir es auch.

„Umweltstreben hat Vorrang vor Gewinnstreben und persönlichem Nutzen.“

Dieser Satz könnte aus dem Wahlprogramm der Grünen stammen. Wahrscheinlich steht es so oder so ähnlich auch da. Gerade dieses Thema sorgte bei den Koalitionsverhandlungen für Kontroversen zwischen Liberalen und Grünen. Umwelt vor Wirtschaft? Wenn man die derzeitige Außenwahrnehmung FDP betrachtet, ist das wohl nicht denkbar. Doch genau dieser vorangestellte Satz wurde auf dem Bundesparteitag der FDP 1971 in Freiburg beschlossen.

Die FDP war damals die Umweltpartei. Hans-Dietrich Genscher war nicht nur erster Umweltminister, die Freien Demokraten hatten auch viele wichtige Errungenschaften in den Bereichen Umwelt und Tierschutz initiiert. Wenn wir heute jedoch die Bevölkerung fragen, welche Partei sie mit einer progressiven Umweltpolitik verbinden, lautet die Antwort einer großen Mehrheit nicht FDP.

Was hat sich in der Partei der Robbenretter getan, dass sich dieses Bild so geändert hat? Oft wird die Abkehr vom sozialliberalen Kurs als Grund angeführt. Die Freiburger Freiheitsthesen liegen ja nun mittlerweile auch über 45 Jahre zurück. Eine Partei ändert sich über diesen Zeitraum nun einmal. Ein Blick in die neuere Beschlusslage zeigt, dass einiges noch beim Alten ist:

„Freiheit ist undenkbar ohne die Verantwortung für sich selbst und gegenüber der Mitwelt, Umwelt und Nachwelt. Verantwortungsloser Gebrauch der Freiheit ist Egoismus auf Kosten

Dritter. Er zerstört die Grundlagen unseres Zusammenlebens und damit die Fundamente der Freiheit selbst. Liberale Politik ist ihrem Wesen nach aber die Bewahrung und Mehrung der Freiheit. Sie ist daher untrennbar mit dem Prinzip der Verantwortung verbunden. Wir können und sollen die Welt nicht konservieren. Aber wir müssen unser Handeln vor der Umwelt und der Nachwelt verantworten.“ – Karlsruher Freiheitsthesen, 2012

Ein Bewusstsein für Umwelt ist Kernpfeiler einer generationengerechten Politik. Denn wer heute nicht die Umwelt schützt, der gefährdet den Wohlstand von morgen. Wir müssen dafür sorgen, dass jede nachfolgende Generation die Chance hat, ihre Vorstellung zu verwirklichen und nicht durch kurzfristiges Handeln der vorhergehenden Generation darin eingeschränkt wird. Einschränkungen der Wirtschaft lassen sich so auch aus liberaler Perspektive begründen. Denn Verantwortung und Freiheit gehören untrennbar zusammen.

In der Marktwirtschaft werden grundsätzlich alle Kosten den Produkten und Verfahren zugerechnet, die sie verursachen. Dies gilt auch für die Verursacher von Kosten einer Umweltbelastung. Wenn Umweltgefährdungen durch geeignete Gegenmaßnahmen des Verursachers nicht abgewendet werden können, jedoch im Allgemeininteresse abgewendet werden müssen, sind diese durch Notmaßnahmen abzuwenden. Das Verursacherprinzip dient dazu, jedermann klar zu machen, dass Schädigung der Umwelt Kosten verursacht und Wirtschaftswachstum oft mit sozialen Zusatzkosten erkauft wird. Nicht alle Umweltschäden

lassen sich über die allgemeine Preisbildung abbilden, deswegen muss der Staat in diesem Bereich regulierend eingreifen. Eine Förderung von umweltfreundlichen Technologien und ein Malus für solche Unternehmen, die die Umwelt und Natur übermäßig in Anspruch nehmen, ist deswegen legitim.

Es ist richtig, dass wir uns in diesem Bereich nicht von Ideologie leiten lassen wollen. Es sind auch viele Fehler in der ersten Generation der Energiewende gemacht worden. Aber wir dürfen auch nicht in das Gegenteil verfallen. Wenn sich herausstellt, dass ein wirksamer Umweltschutz mit Kohleenergie und Dieselmotor nicht möglich ist, müssen wir die notwendige Konsequenz daraus ziehen und dürfen nicht an alten Technologien als Selbstzweck festhalten.

In ihrem Leitbild haben die Freien Demokraten beschlossen, wie sie auftreten wollen: Mutig, optimistisch, weltoffen und lösungsorientiert. Die Umweltpolitik der Liberalen kann ein bisschen mehr Leitbild vertragen. In der politischen Landschaft müssen sie auch hier wieder für die vernünftige Mitte stehen. Aus Tradition. Aus Verantwortung. Weil es dem Wesen des Liberalismus entspricht, auf Vernunft und Ausgleich als gute Argumente zu setzen. Die Julis müssen diese Entwicklung antreiben. Weil wir wissen, dass Umweltschutz mehr ist, als Frösche über die Straße tragen. Weil Umweltschutz wichtig ist. Zeigen wir es auch wieder!



CARL CEVIN-KEY COSTE (21) ist Jurastudent und Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Hamburg. Ihr erreicht ihn unter coste@julis.de

BEKENNTNIS ZUR ÖKOLOGISCHEN MARKTWIRTSCHAFT

Seit Wochen müssen die Freien Demokraten sich zahlreiche Angriffe von allen politischen Seiten gefallen lassen. Die Parteien des linken Spektrums werfen den Liberalen nicht nur seit dem „Jamaika-Aus“ vor, einen Wirtschaftsliberalismus zu unterstützen, der keine ökologischen Innovationen und Fortschritte fördert, sondern nur auf Profitmaximierung bedacht ist.

Wer solche Unwahrheiten behauptet, der weiß nicht, was das einmalige Markenzeichen der Freien Demokraten ist und schon immer war: Zukunftsorientiertes Denken. Warum sollten wir Liberale ökologische Technologien fürchten, wenn sie in einigen Jahren von essenzieller Wichtigkeit für die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt sind? Warum sollten wir Liberale eine unökologische Wirtschaft befürworten, wenn sich im Rahmen der Digitalisierung ganz neue Möglichkeiten für den Umweltschutz eröffnen?

Die FDP und die Jungen Liberalen müssen

sich öffentlichkeitswirksam zur ökologischen Marktwirtschaft bekennen. Wir müssen uns wehren gegen die zahlreichen Vorwürfe der anderen Parteien und der Öffentlichkeit gleichzeitig beweisen, dass keine der von den Grünen geforderten endlosen Reglementierungen die Antwort auf den Klimawandel sein kann – sondern eine technologiefördernde Energie- und Umweltpolitik. So zukunftsgerichtet wir uns auch zeigen müssen, so sehr sollten wir uns auch auf unsere urliberalen Werte berufen. Wir müssen betonen, dass die FDP lange Zeit die Partei war, die in Fragen des Umweltschutzes und der Energiepolitik am innovativsten war. Die Tatsache, dass Liberale schon in den 1980er-Jahren den Begriff der ökologischen Marktwirtschaft mitentwickelten, kommt nicht von ungefähr.

Trotzdem müssen wir nicht nur den Wählern erklären, warum unsere ökologischen Ansätze besser sind als jene der anderen Parteien, sondern auch in programmatischer Hinsicht die Frage, wie ökologisches Gewissen mit wirtschaftlicher Vernunft vereinbar ist, genauer erläutern. Wir müssen zugeben, dass wir diesbezüglich Nachholbedarf haben. Die Kategorie

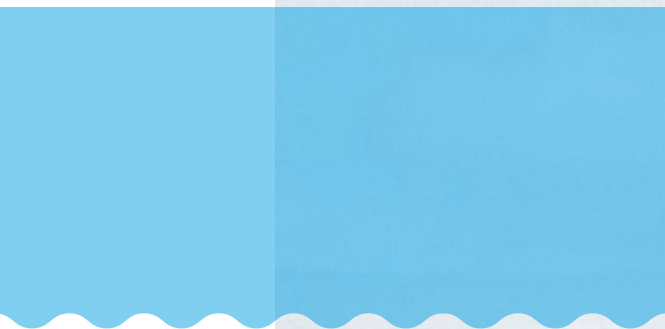
des modernen Umweltschutzes nahm in dem aktuellen Wahlprogramm der FDP eine Seite ein – von 148.

Es reicht in der heutigen Zeit nämlich nicht, sich nur zum Pariser Abkommen zu bekennen – zumal es viele junge Menschen gibt, die sich um den Klimawandel berechtigt Sorgen machen. Wir müssen diesbezüglich in vielerlei Hinsicht konkreter werden und uns in verschiedenen Umweltfragen deutlicher positionieren. Daher sehe ich uns Junge Liberale in der Pflicht, auch im Bereich der Energie- und Umweltpolitik als Motor der FDP zu agieren und Umweltfragen stärker in unsere programmatische Arbeit einzubinden!



TIMO TAAKS (17) ist Mitglied der Jungen Liberalen und macht dieses Jahr sein Abitur. Er ist der Meinung, dass die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie vor allem im Rahmen der Digitalisierung eine der großen Herausforderungen für die Zukunft darstellt. Deswegen leitet er den Arbeitskreis Ökologische Marktwirtschaft der Jungen Liberalen Niedersachsen. Ihr erreicht ihn unter timo.taaks@t-online.de

LIBERALE POLITIK ALS UMWELTRETTER?



Der Wirtschaft wird oft nachgesagt, sie handle grundlegend nicht ökologisch. Wir als Liberale seien Vertreter der großen Industrie und Unterstützer von Ausbeutung und Klimaschädigung. Aber wie lautet unsere Formel für eine umweltfreundliche Marktwirtschaft wirklich?

Der instabile Tisch der Nachhaltigkeit

Stellt man sich Nachhaltigkeit als eine Platte vor, die von drei Säulen gehalten wird, dann stehen diese für die ökologischen, sozialen und ökonomischen Faktoren. Wenn ein Bein höher steht als die anderen, so kippt die Platte. Genau so funktioniert auch die Nachhaltigkeit in der Politik, denn sobald ich zum Beispiel die Ökologie allein beachte, leidet

die Wirtschaft darunter und schlussendlich kann ich auch die Ökologie nicht mehr fördern, da mir die Mittel aus der Wirtschaft fehlen.

Wie aus einer guten Idee Murks wurde

Das beste Beispiel für dieses Missverhältnis ist der Ausbau der Windkraft. Die erneuerbaren Energien sind langfristig unsere einzige Perspektive, weil die fossilen Energieträger endlich sind. Jahrelang wurde der Ausbau von Windrädern subventioniert, doch bis heute gibt es keine vernünftigen Speichertechnologien. Deshalb sind bei starkem Wind die Netze überlastet und der Strom wird zu negativen Preisen verkauft. Statt Gewinne zu erzielen machen die Anbieter Verluste.

Außerdem manipulieren die Subventionen den Markt erheblich. Die

Unternehmen sehen, wie sie schnell Profit machen können, und lassen ihre eigenen Ideen fallen, die im normalen Wettbewerb ausschlaggebend für den Erfolg sind. Vielleicht gäbe es heute eine Lösung für das Problem der Speicherung, wenn die Regierung nicht mit der Holter-die-Polter-Klimapolitik eingegriffen hätte.

Auch große Konzerne handeln nicht nachhaltig. Jeder weiß um die menschenunwürdigen Verhältnisse in Textilfabriken in Asien oder im Bergbau in Afrika. Auch ökologisch sieht es nicht besser aus: Müll landet im Meer und Abgase enden kaum gefiltert in der Atmosphäre. Der Anspruch der globalen Wirtschaft, immer schneller und stets billiger zu produzieren, macht es Unternehmen unmöglich gleichzeitig sozial, ökologisch und erfolgreich zu sein.

Eine weitere negative Entwicklung ist die Monopolbildung, weil sie den gerechten Wettbewerb verhindert. Durch die große Machtposition einzelner Unternehmen können sich die besten, innovativsten und fortschrittlichsten Einfälle nicht mehr durchsetzen, sodass Fortschritt verwehrt wird. Ist ein Unternehmen in einer marktbeherrschenden Position ohne jegliche Konkurrenz, dann hat der Staat die Pflicht, das Monopol aufzulösen, damit Fairness und Wettbewerb um das beste Angebot gewährleistet sind.

Verbote für ein ökologisches Deutschland?!

Verbote scheinen auf den ersten Blick die schnellste und effektivste Methode zu sein, um Probleme zu bewältigen. Doch der einfachste ist nicht immer der richtige Weg. Ein radikaler Umbruch hat verheerende Folgen: Sind viele Unternehmen gezwungen, grundlegende Dinge von einem Tag auf den anderen zu ändern, droht, dass diese dies nicht stemmen können. So werden tausende Arbeitsplätze gefährdet und es läge keine umweltfreundlichere Ökonomie vor, sondern eine zerstörte Wirtschaft. Würde zum Beispiel aufgrund der hohen Umweltbelastung bei der Papierherstellung eine maximale Seitenanzahl von 200 für Romane eingeführt werden, dann hätte das fatale Folgen. Zum einen würde diese Regel Autoren zwingen, ihre Kreativität einzudämmen und damit Ideen und Gedanken den Weg an die Öffentlichkeit versperren. Zum anderen wären die Konzepte der Verlage entwurzelt und es bräuhete viel Zeit, bis sich der Markt davon erholt. Solche tiefen, oft simplen Eingriffe ver-

ändern kommende Entwicklungen häufig in eine vollkommen unerwartete Richtung, da der Markt eben nicht planbar ist, wie zahlreiche Zentralverwaltungswirtschaftssysteme bewiesen haben.

Der Diesel-Wahn

Der Vorschlag des Dieselfahrverbots bietet sich als Veranschaulichung für den Irrsinn der Verbotskultur an. In Deutschland gibt es rund 15,1 Millionen dieseltreibende PKW, die ab der Einführung eines solchen Gesetzes nicht mehr nutzbar wären und deren Besitzer faktisch vom Staat enteignet würden. Anders als Linke behaupten, befänden sich unter diesen nicht nur böse klimawandelleugnende Kapitalisten, welche sowieso mehrere Autos besitzen und sich jederzeit auch einen neuen Wagen leisten können, sondern das kleine Tischlerunternehmen aus Kassel und die Großfamilie aus Schleswig-Holstein, die ihr Geld gerade in einen Familienvan investiert hat. Die Mobilität und Vernetzung von Privatpersonen und des Mittelstands würde also erheblich darunter leiden, weil der Staat diese für einen Fehler der Autoindustrie bestraft.

In einem Rechtsstaat können, sollen und dürfen Betrüger nicht ungestraft davonkommen, weshalb die Autolobby für ihre Täuschung geradestehen muss. Damit die Bürger nicht belastet werden, sollten die Hersteller den Auftrag haben, die Fahrzeuge zu modernisieren, sodass die Abgaswerte den Normen entsprechen. Egal, was dies die Hersteller kostet.

Vertraut den Menschen!

Wir Liberale glauben an die Vernunft und das Verantwortungsbewusstsein des Menschen. Anders als viele Linke möchten wir nicht erziehen, sondern soweit es möglich ist, Freiheit und Selbstbestimmung schaffen. Das gilt auch in unserer Klimapolitik. Vor einigen Jahren kam der Vorschlag auf, einmal in der Woche einen verpflichtenden Veggie-Day einzuführen. Die Unterstützer dieses Vorschlags meinten, der Fleischkonsum pro Kopf sei zu hoch und müsse aus gesundheitlichen und ökologischen Gründen verringert werden. Mit diesem Vorschlag wollen sie entscheiden, was gut für die

Bürger ist. Auch wenn das Klima in Gefahr ist, haben wir trotzdem die Pflicht, den Menschen eigene Entscheidungen zu überlassen. Wissenschaftler mögen doch bitte Empfehlungen aussprechen, über welche sich die Menschen informieren können. Politiker sind jedoch zu meist keine Wissenschaftler und sind damit erst recht nicht gebeten, dafür zu sorgen, dass die Menschen sich nach ihren Vorstellungen gesund ernähren. Jeder muss selbst entscheiden können, was er wann zu sich nimmt. Denn das bedeutet Freiheit und Selbstbestimmung.

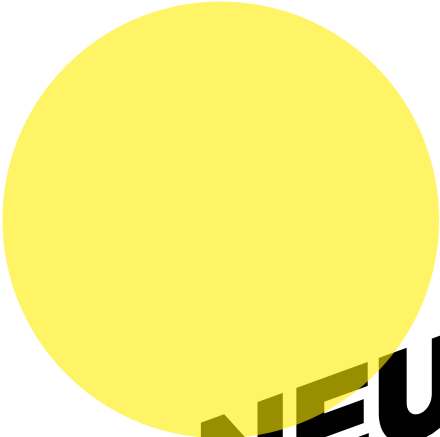
Ideal nachhaltiges Europa

Zuerst müssen die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Gründerkultur geschaffen werden, die dann in der Lage ist, soziale und ökologische Ideen zu entwickeln. Der freie Markt entscheidet welche Entwicklung eine Zukunft hat und findet Lösungen für gestellte Probleme. Politiker sollten nicht aussuchen, ob eine Technologie gut ist, denn dadurch heben sie diesen einen Einfall in eine gehobene Stellung und neue, möglicherweise bessere Erfindungen haben auf diesem manipulierten Markt keine Chance. Ein weiteres Problem sind globale Unternehmen, die Monopole und Kartelle bilden. Damit eine nachhaltige Wirtschaft entsteht, brauchen wir eine EU, die diese in die Knie zwingt, sobald der Wettbewerb nicht mehr fair ist.

Eine Gesellschaft mit starkem, gerechtem Mittelstand würde einen Kampf um die innovativsten, umweltfreundlichsten und sozialsten Ideen bilden. Wenn die Europäische Union also den Platz des Schiedsrichters einnimmt, der den Markt nicht nach eigenen Interessen umbauen will, sondern an den fairen Wettbewerb glaubt und zudem jeden „rauspeift“, der nicht nach den Regeln spielt, dann leben wir nachhaltig.



VICTORIA VON RENESSE (15) besucht ein Gymnasium in Hamm. Seit Kurzem engagiert sie sich dort im neu gegründeten Kreisverband als Beisitzerin. Eine faire Leistungsgesellschaft und gute Bildung liegen ihr besonders am Herzen. Ihr erreicht sie unter v.vrenesse@gmail.com



NEUES DENKEN IN DER KLIMAPOLITIK



Spätestens seit den 1970er Jahren wird länder- und parteiübergreifend darüber diskutiert, wie wir es gemeinsam schaffen, die menschengemachten negativen Auswirkungen auf unser Klima möglichst gering zu halten. Gerade Deutschland sieht sich diesbezüglich international als Vorreiter. Doch bei aller Euphorie vergessen wir häufig, uns selbst zu hinterfragen. Waren die bisherigen Maßnahmen wirklich erfolgreich? Und wo bedarf es noch Nachbesserungen und neuer, innovativer Konzepte?

Keine Frage, im Ziel sind sich prinzipiell alle etablierten Parteien einig: Um unseren Enkeln eine intakte Umwelt hinterlassen zu können, müssen wir die menschengemachten Schadstoffemissionen verringern. Hinsichtlich des Klimaschutzes bedeutet das vor allem, den Ausstoß von Treibhausgasen einzudämmen. So weit so richtig.

Doch beim Weg dorthin stößt man sehr schnell auf große Meinungsverschiedenheiten. Wer bei linken und grünen Politikern nachfragt, wird sehr schnell feststellen, dass bei ihnen unter dem Begriff Energiewende hauptsächlich planwirtschaftliche Maßnahmen zusammengefasst werden. Und leider dominieren diese auch inzwischen die deutsche Klimapolitik.

Jahrelang wurde beispielsweise mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz massiv der Ausbau von Grünstrom-Kraftwerken gefördert, indem Netzbetreiber verpflichtet wurden, deren Strom in unbegrenzter Menge abzunehmen und mit einem gesetzlich festgelegten Preis pro Kilowattstunde zu vergüten. Zwar konnte dadurch der Anteil von erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch gesteigert werden, doch das zugrundeliegende Ziel, die signifikante Verringerung des CO₂-Ausstoßes

im Energiesektor, wurde verfehlt. Gleichzeitig sind jedoch die Strompreise für die Endverbraucher in die Höhe geschossen und haben sich seit der Einführung des EEG mehr als verdoppelt.

Wir müssen lösungsorientiert, statt dogmatisch handeln

Leider habe ich manchmal den Eindruck, dass in der politischen Debatte immer häufiger das eigentliche Ziel aus den Augen verloren wird. Wir dürfen nicht aus lauter Tatendrang in blinden Aktionismus verfallen. Stattdessen gilt es auch in der Umweltpolitik, lösungsorientiert statt dogmatisch zu handeln.

So sehr wir Klimawandelleugner zu Recht dafür geißeln, dass diese die wissenschaftliche Faktenlage ignorieren, müssen wir auch offen annehmen, wenn gut gemeinte umweltpolitische Maßnahmen zum reinen Selbstzweck verkommen. Wenn Strom unnötigerweise produziert wird, weil Grünstromkraftwerke gar nicht ans Netz angeschlossen sind; wenn wir andere Länder dafür bezahlen müssen, unseren am Tag überschüssig produzierten Strom abzunehmen, um ihn dann in der Nacht zurückzukaufen; wenn wir im verregneten Deutschland in Photovoltaik investieren, gleichzeitig aber das dabei eingesparte CO₂ dafür jetzt im sonnigen Südeuropa ausgestoßen wird, dann kostet das viel Vertrauen und stärkt letztlich jene politischen Kräfte, die in Wahrheit grundsätzlich jede Klimapolitik ablehnen.

Es braucht also neues Denken in der Klimapolitik. Eigentlich schreien die bisherigen, ineffizienten Instrumente geradezu nach neuen, innovativen Lösungsansätzen zum Klimaschutz. Das bietet insbesondere uns Liberalen die Chance, mit einem neuen Denkansatz alte Politikmuster zu durchbrechen. Das unspezifische Mantra der marktwirtschaftlichen Klimapolitik muss dafür nun aber mit Leben gefüllt werden.

Marktwirtschaftliche Klimapolitik – was heißt das überhaupt?

Im Fokus dieses Politikansatzes sollte zunächst immer das Verursacherprinzip stehen. Das besagt, dass jemand, der Schäden für andere verursacht, dafür auch aufkommen muss, statt die dadurch entstandenen Kosten vergemeinschaften zu können.

Das funktioniert im Falle des Klimaschutzes am besten durch einen effektiven Emissionshandel. Dieser funktioniert nach folgendem

Prinzip: Wer eine Tonne CO₂ ausstoßen möchte, muss dafür jeweils ein sogenanntes Zertifikat kaufen. Insgesamt ist die Anzahl an Zertifikaten aber begrenzt. Nämlich auf genau jene Menge CO₂, die wir für vertretbar halten, im Jahr auszustoßen. Da die Zertifikate auf dem Markt frei gehandelt werden können, machen die Marktteilnehmer dann selbstständig untereinander aus, wer die überschüssigen Treibhausgase am effizientesten einsparen kann.

Es braucht hierbei also keine staatliche Planungsstelle (mit all den Nachteilen einer Zentralverwaltungswirtschaft) mehr, die entscheidet, wer wie viel CO₂ ausstoßen darf. Stattdessen muss der Staat fortan nur noch an einer einzigen Stellschraube drehen. Nämlich, wie viele Zertifikate er ausgibt, also wie viel Treibhausgase insgesamt ausgestoßen werden dürfen. Er legt nur noch das Ziel fest, nicht aber den Weg, um dieses zu erreichen.

Dieser technologieoffene Ansatz, der anerkennt, dass der Staat niemals besser als die kollektive Intelligenz des Marktes wissen kann, wo und wie am besten unser Treibhausgasausstoß verringert werden kann, ist das erklärte Gegenteil von einer Verbots- und Regulierungspolitik, die unser Leben bis in das letzte Detail regeln möchte. Er ermutigt jeden Einzelnen mit ökonomischen Anreizen dazu, durch clevere Innovationen unseren CO₂-Ausstoß zu reduzieren, statt ihn in jedem Aspekt des Lebens zu bevormunden. Zum Beispiel durch innovative Ideen, wie einer modernen Kreislaufwirtschaft oder neuen Produktionsverfahren. Kurz: Ein funktionierender Emissionshandel ist die günstigste, effizienteste und gerechteste Methode, unser Klima nachhaltig zu bewahren.

Ein umfassender Emissionshandel wäre die Lösung

Doch leider findet er bisher wenig Anklang. Zwar existiert auf Ebene der Europäischen Union bereits ein solches System, allerdings gilt dieses bisher nur für bestimmte Industriezweige. Ein großer Teil der CO₂-Emittenten, wie der Verkehrssektor oder die gesamte Landwirtschaft, werden hingegen nicht erfasst. Zudem gibt es weitreichende Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen.

Wenn wir den Emissionshandel ernsthaft

betreiben wollen, muss dieser künftig jedoch ohne Ausnahmen auf alle Verursacher ausgeweitet werden. Zudem ist das Vergabesystem der Zertifikate verbesserungswürdig. Bisher werden diese nämlich zu großen Teilen einfach verschenkt. Viel zweckdienlicher wäre hingegen eine Versteigerung aller Zertifikate.

Übrigens könnten wir auch durchaus noch ambitionierter in unseren Emissionszielen werden. Der aktuell recht niedrige CO₂-Preis bestätigt nämlich, dass die Wirtschaft die Klimaziele offenbar besser wegsteckt als erwartet. Es wäre also noch Spielraum für eine schnellere Abwertung beziehungsweise Entnahme von Zertifikaten aus dem Markt. Das wäre eine gute Nachricht für die Umwelt und gleichzeitig eine klare Ansage an andere Länder.

Die aktuell an Stelle dessen diskutierten CO₂-Mindestpreise oder CO₂-Steuern sind hingegen abzulehnen. Denn sie würden ja gerade dieses funktionierende System durch neue Markteingriffe konterkarieren und nur unnötige Kosten verursachen, die man über eine schlichte Senkung der Zertifikate-Menge vermeiden könnte.

Außerdem sollten wir auch einmal über den Tellerrand hinaus schauen. Nationale Alleingänge, wie Deutschland es leider bisher vorlebt, bringen nicht viel. Schließlich machen Treibhausgase nicht vor Grenzen halt. Für unseren Planeten zählt nur, wie viel CO₂ insgesamt ausgestoßen wird – nicht, wo. Deshalb ist mittelfristig endlich auch ein echtes, weltweites Emissionshandelssystem anzustreben, an dem alle Länder und Emittenten teilnehmen.

Diesbezüglich erwarte ich nun endlich klare Konzepte statt Wohlfühlpolitik. Hier haben vor allem wir JuLis als kreative Ideenschmiede durchaus die Möglichkeit, wieder Impulsgeber zu sein und auch die FDP in den nächsten Jahren inhaltlich weiter vor uns herzutreiben.



PHIL HACKEMANN (22) studiert Soziologie, Politik und Ökonomie und ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen. Ihr erreicht ihn unter hackemann@julius.de

Liebe Julis!

Umwelt und Energie sind die zentralen Themen des 21. Jahrhunderts, die nur gemeinsam von der internationalen Gemeinschaft gelöst werden können. Wie die Sichtweise auf diese Politikfelder in anderen Ländern der Welt ist, erfahrt ihr hier.

Eure Katharina

NOCH FRAGEN?



Bei Fragen zu unserer internationalen Arbeit steht Dir unser International Officer, Katharina (schreiner@julis.de) oder das Internationale Komitee (intkom@julis.de) gerne Rede und Antwort.

SÜDAMERIKA

Ambitionierter Vorreiter Costa Rica



MICHAEL BÖDECKER (22) studiert in Göttingen und ist Leiter der Latein- und Südamerika-Gruppe des Internationalen Komitees. E-Mail: boedecker@julis.de

Klima- und Naturschutz werden in Costa Rica als wichtiger Bestandteil der staatlichen Umweltpolitik angesehen und deshalb konsequent umgesetzt. Rund 27 Prozent der Fläche des mittelamerikanischen Staats stehen unter Naturschutz. Zudem setzt Costa Rica erfolgreich auf den Ökotourismus, der einen wichtigen Wirtschaftssektor darstellt. Doch nicht nur im Umweltschutz ist Costa Rica Vorreiter. 2015 ist es dem mittelamerikanischen Staat gelungen, den gesamten Strom aus regenerativen Energiequellen zu erzeugen – trotz gestiegener Industrie und Bevölkerung. Bis 2021 möchte Costa Rica „klimaneutral“ sein. Zudem hat sich das Land für das Jahr 2100 das ehrgeizige Ziel gesetzt, keine Treibhausgase mehr auszustoßen.

ASIEN

Das Recht auf Leben



FRANZISKA BRASSE (21) studiert in Oxford und leitet im Internationalen Komitee die Asien-Gruppe. Ihr erreicht sie unter brasse@julis.de

Indien ist einer der größten Schadstoffemittenten weltweit. Die wachsende Wirtschaft, der steigende Energiebedarf und die zunehmende Urbanisierung hinterlassen Spuren und stellen das Land vor eine gewaltige Herausforderung. Die Weltbank beziffert die jährlichen Kosten von Umweltzerstörungen mit rund 5,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufgrund von Gesundheitsproblemen und steigender Armut. 22 Prozent der Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren sind auf die Folgen von Umweltverschmutzungen zurückzuführen. Das Oberste Gericht in Indien hat deshalb geurteilt, dass Umweltverschmutzung gegen das Recht auf Leben verstößt, das in der indischen Verfassung festgesetzt ist. Trotzdem wird der Umweltschutz derzeit nicht als einer der Kernaufgaben der Politik gesehen und Initiativen nur halbherzig umgesetzt. Es bleibt also nur zu hoffen, dass sich diese Prioritätenstellung möglichst schnell ändern wird.

EUROPA

Das Klimaübereinkommen von Paris und die Rolle der EU



OLIVER WEISS (28) arbeitet als selbstständiger Unternehmer in Stuttgart und ist Stellvertretender Leiter der Europa-Gruppe im Internationalen Komitee. Ihr erreicht ihn unter oliver.weiss@julis.de

Mit dem *Übereinkommen von Paris* im Dezember 2015 beschloss die internationale Staatengemeinschaft die Nachfolge des Kyoto-Protokolls zum Schutze des Klimas. Dabei wurde der Europäischen Union, als initiiierende und treibende Kraft hinter dem Abkommen, eine Schlüsselrolle zuteil.

Doch auch in der praktischen Umsetzung der Klimaschutzziele ist es die EU, die mit Ihrer Selbstverpflichtung, ihre Emissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent zu senken, voranschreitet. Diese Vorbildfunktion ist von besonderer Wichtigkeit, da die konkrete Umsetzung der Ziele den einzelnen

Staaten obliegt und somit erst durch nationale Klimaaktionsprogramme tatsächliche Wirksamkeit erlangt. Auch in Zukunft wird ein Gelingen dieses Großprojekts nur mit dem außerordentlichen Engagement der EU möglich sein.

Energiefairness wäre ein guter Anfang

[Name] (22) ist im Internationalen Komitee für Beziehungen zu afrikanischen Partnerorganisationen verantwortlich. Er studiert Politikwissenschaft und Soziologie in Heidelberg und ist nach zahlreichen Aufenthalten in Low Income Countries von der Wechselwirkung zwischen politischen Institutionen und wirtschaftlicher Entwicklung fasziniert. Ihr erreicht ihn unter **[Email]**

Lagos, Nigeria: Wenn nachts die Stromausfälle wiederkommen, geht in den armen Teilen der Stadt das Licht aus und die Menschen warten auf die Sonne des nächsten Tages. Dort aber, wo die Wohlhabenden wohnen, geht nach kurzer Dunkelheit das Licht wieder an und das rhythmische Brummen der privat betriebenen Dieselgeneratoren erfüllt die Luft. Diesel? Welcher Diesel?

Als größter Rohölproduzent auf dem afrikanischen Kontinent mit einer täglichen

Ölproduktion von 1,5 bis 2 Millionen Barrel sollte Nigerias Energieversorgung eigentlich eines der geringeren Probleme des Landes sein. Doch Stromausfälle prägen das tägliche Leben der 186 Millionen Einwohner. Offiziell verfügt Nigeria über vier bestens funktionierende Raffinerien, die das im Land gewonnene Rohöl in Benzin und Diesel umwandeln. Tatsächlich importiert Nigeria aber 80 Prozent seines Bedarfs an weiterverarbeitetem Öl aus dem Ausland. Doch eine vermeintliche Lö-

sung ist in Sicht: Der reichste Mann Afrikas, der Nigerianer Aliko Dangote, will es noch einmal versuchen. Reichgeworden durch staatliche Schutzzölle und Importverbote für die von ihm hergestellten Produkte plant er für 2019 die Fertigstellung einer elf Milliarden Dollar teuren Raffinerie. Die Generatorenbesitzer von Lagos sollten schon jetzt anfangen zu sparen. Die Einführung von Importrestriktionen und hohe Preise des dann Quasi-Monopolisten sind garantiert.

NAHER OSTEN

Not macht erfinderisch



LARISSA SAAR (21) studiert in Bonn und leitet im Internationalen Komitee die Naher Osten- und Nordafrika-Gruppe. Vor allem im Wahlkampf zur Bundestagswahl ist ihr aufgefallen, dass innovative Ideen in der Klimapolitik bislang kein Gehör finden. Ihr erreicht sie unter larissa.saar@julis.de

Der Gaza Streifen ist vor allem für seine Armut, Überbevölkerung und die Herrschaft der Hamas bekannt. Das nur 360 Quadratkilometer große Gebiet ist überwiegend von der Außenwelt abgeschottet und die Energieversorgung läuft schleppend – der Strom wird regelmäßig für mehrere Stunden abgeschaltet. 2016 bewegte diese Einschränkung zwei Studenten der Universität in Gaza dazu, ein solar-betriebenes Fahrzeug zu entwickeln, für das keine Rohstoffimporte nötig sind. Solartechnik ist hier nicht nur der Versuch, eine umweltverträglichere Energiequelle zu finden, sondern überhaupt eine Energiequelle zu finden, die konstant genutzt werden kann. Erneuerbare Energien sind somit nicht nur eine freundliche Modeerscheinung, sondern echte Innovationen, durch welche die Entwicklung in unterversorgten Regionen angekurbelt und vielleicht sogar eine Basis für eine stabilere Gesellschaft geschaffen werden kann.

Regionales

Die EEG-Subventionen sind nur eines von vielen Problemen, die von der GroKo ausgehen. Im Bundestagswahlkampf hat sich die Julia Sachsen diesen Problemen gestellt und gemeinsam mit ihren jungliberalen Bundestagskandidaten die GroKo abgerissen. Aktuell leisten CDU/CSU und SPD allerdings wieder fleißig Aufbauarbeit. Hoffen wir, dass sich die Probleme nicht genauso schnell wieder stapeln.

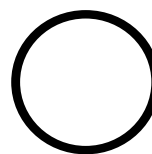


Du hast mit Deinem Kreisverband auch eine coole Aktion oder Veranstaltung gehabt, die zum Thema des Heftes passt? Dann schicke mir Fotos und einen kurzen Text dazu an schieritz@julis.de und wir würdigen Euer Engagement vor Ort im jung+liberal!



BLAUES WACHSTUM – EINE LIBERALE LEBENS LÜGE

Auch die liberale Familie hat ihre Lebenslügen. Eine dieser Lebenslügen ist der Glaube, allein der technische Fortschritt würde die drängenden Umweltprobleme unserer Zeit lösen. Das Umwelt- und Klimaschutzkonzept „Blaues Wachstum“ bleibt eine Worthölse, hinter der wir uns verstecken und bei der wir es bisher versäumt haben, sie mit Inhalt zu füllen. Ökologie und Wachstum miteinander in Einklang zu bringen ist eine Herausforderung, die nach mutigen und innovativen politischen Lösungsansätzen verlangt. Sie verlangt auch nach einem neuen nachhaltigen Wachstumsbegriff sowie danach, alte Glaubenssätze zu hinterfragen. Es ist Zeit, konkret zu werden und ein umfassendes liberales Umweltprogramm vorzulegen.



Optimismus und Fortschrittsglaube sind die Grundpfeiler unserer liberalen Weltanschauung. Sie dürfen jedoch nicht zu blinder Technikgläubigkeit führen. Wir machen es uns zu einfach, wenn wir die Verantwortung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen auf Wissenschaftler und Ingenieure abwälzen. Wir handeln sogar in hohem Maße fahrlässig und naiv, wenn wir uns zurücklehnen und darauf warten, dass uns Technologie gerade noch rechtzeitig vor der absehbaren Katastrophe rettet.

Ökologie und Wirtschaftswachstum müssen sich nicht ausschließen. Diese Grundannahme des Blauen Wachstums ist richtig, trifft jedoch

auf viele Bereiche unseres aktuellen Wirtschaftssystems nicht zu. Oft steht Wachstum heute in direktem Gegensatz zu Nachhaltigkeit sowie Umwelt- und Klimaschutz, da es auf der Ausbeutung endlicher Ressourcen basiert oder Umweltschäden verursacht, deren Kosten von der Allgemeinheit getragen werden. Diese Widersprüche aufzulösen ist zuallererst die Aufgabe der Politik. Nicht durch Verbote und Quoten, sondern durch entschlossene Regulierung und durchdachte marktwirtschaftliche Anreize.

Als Liberale müssen wir dazu vorhandene Konzepte, etwa den Handel mit Umweltzertifikaten, konsequent zu Ende denken aber auch manche bisherige Überzeugung, zum Beispiel in der Verkehrspolitik, in Frage stellen. Vor allem ist es notwendig, zu einem nachhaltigen Wachstumsbegriff zu finden. Dabei handelt es sich um eine politische Aufgabe, die uns auch der technologische Fortschritt nicht abnehmen wird.

Auch der Verzicht auf das eigene Auto kann einen Freiheitsgewinn bedeuten

Die natürlichen Lebensgrundlagen unseres Planeten sind das gemeinsame Kapital der Menschheit. Als Vertreterin der gesellschaftlichen Interessen ist die Politik in der Pflicht, dieses Kapital zu schützen und seine Nutzung angemessen zu bepreisen. Wir JuLis bekennen uns bereits zu diesem Konzept einer ökologischen Marktwirtschaft. Auch die FDP fordert inzwischen einen Preis für den Ausstoß von CO₂. Klar ist: Ein solches System funktioniert nur, wenn alle entstehenden Umweltschäden bewertet und eingepreist werden. Zudem muss die Menge der sich im Umlauf befindlichen Umweltzertifikate die Belastbarkeit des Ökosystems widerspiegeln und etwa im Fall von CO₂ schneller als bisher abgeschmolzen werden.

Als Verteidiger der persönlichen Freiheit ist unsere Verkehrspolitik bisher vor allem auf das Auto zugeschnitten, da es seinem Besitzer unzweifelhaft ein großes Maß an Eigenständigkeit gewährt. Für viele wird das Auto auch in Zukunft die beste Möglichkeit zur beruflichen wie privaten Fortbewegung sein. Für eine zunehmende Zahl von Menschen, vor allem in Großstädten, kann aber auch der Verzicht auf das eigene Auto einen Freiheitsgewinn darstellen. Für sie mag Freiheit die Freiheit von der Parkplatzsuche bedeuten oder sich nicht um Anschaffung und Wartung kümmern zu müssen. Machen wir diesen Menschen, auch im Interesse des Klimas und der Sauberkeit unserer Luft, ein Angebot zur Stärkung ihrer individuellen Mobilität: Durch den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und durch bessere gesetzliche Rahmenbedingungen für Innovationen im Mobilitätsbereich, etwa Carsharing oder das autonome Fahren.

Um Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang zu bringen, brauchen wir aber auch einen neuen Wachstumsbegriff, der nicht auf der fortwährenden Steigerung des globalen Konsums beruht. Die Produktion von Textilien, Unterhaltungselektronik und anderen Konsumgütern ist für ein Drittel unserer persönlichen CO₂-Emissionen verantwortlich – und darüber hinaus auch für Ressourcenverbrauch und wachsende Müllberge. Die Qualität und Haltbarkeit von Produkten muss deshalb wieder zu einem zentralen Argument der Kaufentscheidung werden. Die Politik kann durch eine Stärkung des Verbraucherschutzes entscheidend zu einem solchen Mentalitätswandel beitragen. Eine signifikante Verlängerung des gesetzlich vorgeschriebenen Gewährleistungszeitraums würde der Praxis der geplanten Obsoleszenz, also des konzeptionierten Defekts nach geringer Nutzungsdauer, effektiv einen Riegel vorschie-

ben. Damit die Reparatur von Gebrauchsgegenständen wieder selbstverständlich wird, brauchen wir zudem das gesetzlich verankerte Recht, Wartungsarbeiten ohne Verlust des Garantieanspruchs selbst durchzuführen.

Eine neue Generation Umwelt- und Klimaschutz

Beim diesjährigen Dreikönigstreffen in Stuttgart zeigte sich, dass es nicht zuletzt bei der Kommunikation der umweltpolitischen Ziele bei der FDP nach wie vor große Defizite gibt. Es reicht nicht aus, nur regelmäßig zu betonen, dass Hans-Dietrich Genscher das Umweltbundesamt gegründet hat. Wie kann man glaubhaft für eine „Eine neue Generation Deutschland“ werben, wenn wir selbst uns auf den Erfolgen der vorletzten Generation ausruhen? Es ist ebenso fatal, durch den Verweis auf die ungleich größeren CO₂-Einsparpotentiale in Schwellenländern, den Eindruck zu erwecken, wir würden unsere eigenen Ambitionen zurückschrauben wollen. Um zusammen mit der internationalen Gemeinschaft erfolgreich gegen den Klimawandel vorzugehen, müssen wir gerade bei der Einhaltung und Umsetzung internationaler Abkommen als gutes Beispiel vorangehen.

Die Bekämpfung des Klimawandels und die Transformation hin zu einer in allen Aspekten nachhaltigen Weltwirtschaft sind zwei der größten Herausforderungen unserer Zeit. Eine moderne Fortschrittspartei muss sich diesen Themen genauso engagiert annehmen wie etwa der Digitalisierung und auch hier eine detaillierte Programmatik vorlegen. Da es nicht nur um unser eigenes Wohlergehen und Überleben, sondern vor allem um das zukünftiger Generationen geht, ist Umweltschutz ein zentrales Thema der Generationengerechtigkeit. Er ist aber auch ein Thema internationaler Gerechtigkeit. Bereits heute sehen wir in verschiedenen Weltregionen die verheerenden Auswirkungen des steigenden Meeresspiegels und der Zunahme von Extremwetterereignissen. Umwelt- und Klimaschutz werden so auch zu einem unverzichtbaren Baustein unserer Entwicklungshilfe und sind elementar für die Aufrechterhaltung einer stabilen internationalen Ordnung. Auch politisch sollten wir ein Interesse daran haben, in Sachen Umweltschutz aufzuholen. In der Bevölkerung insgesamt, gerade aber auch bei den jungen Wählern, besteht ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein. Bei der Bundestagswahl erhielt die FDP besonders aus der Gruppe der jüngeren Wähler viel Zuspruch. Um weitere Teile dieser Wählergruppe effektiv anzusprechen, muss sie auch in der Umwelt- und Klimapolitik gut ausgearbeitete und tragfähige Konzepte vorweisen können.

Wir müssen uns im Bereich des Umweltschutzes Glaubwürdigkeit erarbeiten, indem wir die Grundlagen schaffen, um andere Parteien inhaltlich zu stellen. Die JuLis sollten sich auch hier als programmatischen Motor der FDP begreifen, um die bestehenden Ansätze für eine liberale Umweltpolitik zu hinterfragen, zu ergänzen und zu einem detaillierten umweltpolitischen Programm auszuarbeiten. Ergreifen wir die Chance, mit unseren Lebenslügen aufzuräumen und Umweltschutz von einem Defensivthema zu einem Offensivthema liberaler Politik zu machen!



FLORIAN BURGER (23) studiert Physik im Master an der Technischen Universität München. Er interessiert sich für Umweltpolitik, besitzt aber keine Jack Wolfskin-Jacke. Ihr erreicht ihn unter burger@julis.de



VON AFFENZIRKUS BIS SCHLARAFFENLAND

Es steht nicht gut um die deutsche Automobilindustrie. Manipulation von Abgaswerten, Preisabsprachen, Hausdurchsuchungen bei Audi und jetzt auch noch Tierversuche. Die Schlagzeilen über den liebsten Industriezweig der Deutschen reißen nicht ab. Das Vertrauen der Verbraucher schwindet.

Das liegt wohl besonders daran, dass es auf Seiten der Autobauer kaum Konsequenzen zu geben scheint. Die Beurlaubung von VW-Cheflobbyist Thomas Steg nach dem bekannt gewordenen Abgastest an Affen wirkt mehr wie ein Bauernopfer. Auch in Sachen Diesellaffäre sträubt man sich vor der Übernahme von Verantwortung. Durch die Manipulationen kalkulierte man bei den betroffenen Dieselfahrzeugen einen geringeren Stickoxidausstoß. Die tatsächlichen erhöhten Emissionen wirken sich auf die Luftqualität gerade in den Städten negativ aus und beeinträchtigen die Gesundheit ihrer Einwohner. In über 60 Städten von Stuttgart bis Kiel werden die von der EU festgelegten Grenzwerte um mehr als zehn Prozent überschritten. Aus diesem Grund fordert die Deutsche Umwelthilfe Diesel-Fahrverbote. Doch dieser Vorschlag ist nicht nur kurzfristig und eindimensional, sondern zutiefst ungerecht.

Fahrverbote treffen die Falschen

Denn Fahrverbote treffen die Falschen. Nicht die Familien und Arbeitnehmer, die Hand-

werksbetriebe und Selbstständigen, die auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, sollten diese Suppe auslöffeln müssen. Sie sind Opfer eines Betrugs der Autohersteller geworden. Dafür verdienen sie Entschädigungen und nicht den Entzug ihrer Mobilität und die Entwertung ihrer Fahrzeuge. Die Hersteller ihrerseits haben angeboten, den Manipulationen mithilfe von Software-Updates abzuweichen. Hardware-Nachrüstungen werden von der Industrie allerdings abgelehnt, zu aufwändig und teuer sei das. Die Argumentation entpuppt sich schnell als Bauernfängerei, denn die Wirksamkeit der Updates wird von Sachverständigen als unzureichend eingestuft. Sollte es wirklich so einfach sein, dass durch das Update – aufgespielt innerhalb von einer Stunde – der Stickoxid-Ausstoß der Dieselfahrzeuge um durchschnittlich 25 bis 30 Prozent gesenkt wird, muss man sich fragen: Warum dann nicht gleich so?

Außerdem ist mit Nebenwirkungen zu rechnen. Abgesehen von sinkenden Wiederverkaufswerten klagen Verbraucher etwa über weniger Leistung und kaputte Motoren nach dem Update. Hinzu kommt, dass die Software-

Lösung nur für jüngere Dieselmotoren vorgesehen ist. Führt man ein Fahrzeug mit den Abgasgrenzwerten Euro 4 und niedriger, so gibt es keine Chance auf Nachrüstung. Das betrifft mehr Menschen als man zunächst glauben mag. Kraftfahrzeuge mit diesen Eigenschaften machen mehr als 40 Prozent des Fahrzeugbestandes in Deutschland aus.

Einer aktuellen Studie der TU München zufolge soll es mit sogenannte SCR-Katalysatoren möglich sein, eine Reduzierung der giftigen Stickoxide um 90 Prozent durch die Einspritzung von Harnstoff zu erreichen. Kostenpunkt 1300 Euro. Mit dem halbherzigen Verweis auf „zu teuer“ und „zu aufwendig“ erlauben sich die Autobauer einen schlechten Scherz auf Kosten der Verbraucher und führen die Verantwortungsmaxime, Grundpfeiler von wirtschaftlichem Handeln und rechtlicher Beurteilung in Deutschland, ad absurdum. Doch der große Aufschrei bleibt aus.

Kurswechsel jetzt

So wird in der Diesellaffäre einmal mehr deutlich, wie wichtig ein entschlossenes Handeln

der Politik jetzt wäre. Handeln, das heißt in diesem Fall eine klare und konsequente Trennung von Politik und Automobilwirtschaft zu verwirklichen. Denn der Staat kann seine Funktion als Schiedsrichter nur dann ausfüllen, wenn er nicht selbst Beteiligter des Spiels ist.

Einerseits müssen die bestehenden Verbraucher- und Umweltschutzaufgaben wirksam durchgesetzt und rechtliche Grauzonen beseitigt werden. Solange Regelungen nur auf dem Papier existieren, aber Konsequenzen nicht tatsächlich spürbar werden, weitet sich der Vertrauensverlust gegenüber der Industrie mehr und mehr auch auf die Politik aus. Andererseits hilft eine Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Strukturen der Zukunftsfähigkeit dieser träge gewordenen Schlüsselindustrie. Dafür bedarf es dringend eines politischen Kurswechsels, vor allem in den folgenden drei Bereichen:

✓ Die personelle und institutionelle Trennung von Politik und Autoindustrie muss konsequent verwirklicht werden. Die Besetzung von Aufsichtsratsposten in der Automobilindustrie durch Politiker, wie etwa beim Friedrichshafener Autozulieferer ZF AG, muss ein entschlossenes Ende finden. Anteile an Privatunternehmen, insbesondere im Fall Volkswagen, müssen zu fairen Marktbedingungen vollständig veräußert werden. Das daraus generierte Kapital könnte viel versprechend in Zukunftsforschung in den Bereichen nachhaltige Mobilität, Umweltschutz und Luftqualität, etwa über einen zielgerichteten Fonds, investiert werden und so helfen den Automobilstandort Deutschland zu stärken.

Um den Wettbewerb um die besten Ideen anzukurbeln, bedarf es einer gezielten Rahmensetzung der Politik gepaart mit ideologiefreier Technologieoffenheit. Auf dem Weg in eine emissionsarme Mobilität sind vor allem die Hersteller und Zulieferer in der Pflicht. Die digitale Transformation macht auch vor ihnen nicht Halt und erhöht den Druck neben den bewährten und bekannten auch in neue Technologien zu investieren. Elektromobilität, Share Economy und autonomes Fahren verändern die Anforderungen an die deutsche Automobilindustrie, deren Stärke in der Vergangenheit vor allem in der Entwicklung von Motor und Getriebe, also Hardware, lag. Auf den Markt drängen mehr und mehr Hersteller aus dem Silicon Valley, Norwegen und Fernost, deren Fokus gerade

auf Software, Plattformlösungen und Elektromobilität liegt. Auch aufgrund der vielen Arbeitsplätze, die in Deutschland an der Autoindustrie hängen, tragen die Hersteller eine Verantwortung, innovativ zu bleiben.

✓ Die Politik sollte durch konkrete Infrastrukturmaßnahmen ihren Beitrag leisten, statt auf teure Prämien zu setzen. So wie kein Mensch ein Verbrennungsauto kaufen würde, wenn es keine Tankstellen an jeder Ecke gäbe, so wenig ist es verwunderlich, dass der Absatz von Elektroautos in Deutschland gering ausfällt, wenn bei der Versorgung mit Ladesäulen Flaute herrscht. Klar ist, dass wir noch nicht mit Sicherheit wissen, welche Antriebstechnologie sich in Zukunft durchsetzen wird. So könnten synthetische Kraftstoffe an Bedeutung gewinnen. Zwar sind diese sogenannten eFuels heute noch sehr teuer, doch binden sie bei der Herstellung mit erneuerbarer Energie fast genauso viel CO₂ aus der Luft wie sie bei der Verbrennung wieder abgeben. Und Elektromobilität ist aufgrund der Rohstoffe, die für die Herstellung der Batterien verwendet werden, durchaus nicht unumstritten. Kobalt etwa, das zu großen Teilen in der Demokratischen Republik Kongo abgebaut wird, wird unter für Mensch und Natur kaum erträglichen Umständen gewonnen. Zudem erweist man Klima und Umwelt einen Bärendienst, wenn die Stickoxidemissionen zwar geringer ausfallen, der für den Antrieb benötigte Strom aber weiterhin aus dreckiger Kohle gewonnen wird. Das zeigt: Politik darf und kann Innovationen nicht vorschreiben. Vielmehr muss die Politik die Weichen stellen, damit Technologieoffenheit Vorfahrt hat.

✓ Der Einfluss von Lobbyisten auf politische Entscheidungsprozesse muss reduziert werden. Interessenvertretung und Lobbyismus gehören zwar zu einer pluralistischen Demokratie. Denn Meinungsbildung lebt von Information und Austausch im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte. Lobbyismus kann aber krankhaft werden, wenn der Einfluss einer Industrie oder einzelner Konzerne zu stark wird. Wenn Gesetze in Unternehmen mitgeprüft oder gar geschrieben werden. Wenn Politiker sich zehnmal häufiger mit Vertretern der Automobilindustrie treffen als mit Arbeitnehmer- oder Umweltverbänden. Wenn Fakten und wissenschaftli-

che Erkenntnisse manipuliert werden. Dann geht es nicht mehr um die besten Ergebnisse im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, sondern dann macht sich die Politik zum Fußabtreter der Interessen Einzelner. Das muss aufhören! Denkbar wäre eine Transparenzoffensive. Offenlegung von Treffen über eine Lobbyistenkartei vergleichbar mit der des Europäischen Parlaments, Nachweispflicht von Mitprüfungsschleifen bei Gesetzesinitiativen, die Errichtung von in der Wirtschaft üblichen sogenannten „Chinese Walls“ zur Abgrenzung zwischen Politik und Industrie. Das Ergebnis ist dabei nicht Misstrauen, sondern das Gegenteil. Transparenz befreit von den Ketten unaufrichtigen Zusammenwirkens und hilft sowohl der Wirtschaft, als auch der Politik.

Machen wir uns frei

Die glorifizierte Liebe der Deutschen zu ihrer Automobilindustrie muss endlich wieder real begründet werden. Die Autohersteller schwelgen noch immer in dem Erfolg der vergangenen Jahrzehnte. Und so ehrlich muss man sein: Noch immer brummt die Industrie, der Absatzmarkt floriert.

Doch die Zukunft lässt nicht auf sich warten und es ist Zeit, sich freizumachen. Von der Arroganz gegenüber Wettbewerbern. Von Managern, die seit 30 Jahren die Herstellung von Verbrennungsmotoren verantwortet haben und nicht aufgeschlossen sind für die Veränderungen, mit denen die Digitalisierung aufwartet. Und von der Politik mit ihrem Schutzschirm, der einen fairen Wettbewerb behindert und Missbrauch befördert. Die Automobilhersteller sind stark und in der Lage, auch ohne politische Alimentierung zu überleben. Aber sie müssen heute den Anfang machen, damit Deutschland auch in Zukunft das Autoland Nummer 1 ist.



RIA SCHRÖDER (25) ist Stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen und hat zwar schon mit 17 den Führerschein gemacht, aber noch nie selbst ein Auto besessen. Bei ihrer Tätigkeit in einer Hamburger Kanzlei arbeitet die Juristin unter anderem für Automobilzulieferer. Ihr erreicht sie unter ria.schroeder@julius.de

INNOVATION UND FORTSCHRITT

STATT REAKTIONÄRER KARGHEIT

Die aktuelle Debatte um den Klimaschutz ist geprägt von Schuldzuweisungen – eine Debatte über die Bösen, Kohlenstoffdioxid ausstoßenden, und die Guten, die es eben nicht tun. Das Problem dabei ist: Wir alle sind am CO₂-Ausstoß beteiligt. Von Moralität geprägte Scheindebatten lösen das Problem nicht. Vielmehr müssen wir damit anfangen, Kohlenstoffdioxid als Abfallprodukt zu verstehen, denn dann können wir uns auch damit beschäftigen, wie es entsorgt werden kann.

Die Pariser Klimaziele von 2015 sehen eine Beschränkung der Erwärmung des Weltklimas auf maximal zwei Grad Celsius, wenn möglich sogar auf 1,5 Grad Celsius, gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter vor. Bereits heute hat sich das Weltklima um ein Grad erhöht. Berücksichtigt man den CO₂-Gehalt, der sich bereits heute in der Erdatmosphäre befindet, kann man davon ausgehen, dass sich das Klima ohne weitere Ausstöße um weitere 0,5 Grad erwärmt. Damit ist das Ziel von 1,5 Grad bereits jetzt nicht mehr erreichbar und auch die Begrenzung der Emissionen zur Erreichung des Zweigradziels erscheint kaum realistisch. Es braucht also neue Ansätze zur Bekämpfung des Klimawandels, denn der Ausbau erneuerbarer Energien wird allein nicht ausreichen.

Die Notwendigkeit der Begrenzung der Erderwärmung ist vielfach wissenschaftlich belegt. Das Intergovernmental Panel on Climate Change der Vereinten Nationen nutzt Computermodelle zur Vorhersage



Photo by Nguyen Minh Chen on Unsplash

verschiedener Szenarien der Klimaentwicklung. Eine Erwärmung des Klimas um mehr als drei Grad wird hierbei als katastrophal eingestuft. Konkret würde dies eine drastische Zunahme an Klimaphänomenen, die die Erde für Menschen kaum bewohnbar machen würde, bedeuten. Eine Zunahme um mehr als fünf Grad erhält die Einschätzung unbekannt, da es eine solch drastische Entwicklung in den vergangenen 20 Millionen Jahren nicht gegeben hat. Das Panel beleuchtet hierbei über 1000 verschiedene Szenarien, wovon lediglich 116 die Pariser Klimaziele einhalten können. Von diesen bauen 108 auf negative Emissionen, also der Entfernung überschüssigen Kohlenstoffdioxids aus der Luft.

„Clean Coal“

Die Idee des Clean Coal beruht auf einem Prozess, der als Kohlenstoffabscheidung und -bindung bekannt ist. Das bei der Rohstoffverbrennung entstehende CO₂ wird dabei wieder eingefangen, bevor es in die Atmosphäre entweichen kann und in die Erde zurückgeführt. Die Emissionen bleiben hierbei zwar nicht ganz aus, werden aber immerhin geringer. Dennoch wird die Technologie kaum angewandt, denn das Einfangen des Kohlenstoffdioxids erfordert ein Viertel der vom Kraftwerk produzierten Energiemenge. Wird das CO₂ weiter ungehindert ausgestoßen, kann diese Energiemenge mitverkauft werden und das Unternehmen erzielt höhere Gewinne. Würde CO₂ behandelt wie andere Abfallprodukte auch, gäbe es also einen Preis für das Ausstoßen von Kohlenstoffdioxid, dann gäbe es auch Anreize, die Technologien des Clean Coal einzusetzen.

Doch das allein reicht keinesfalls aus. Im Gegensatz zur Kohle sind nachwachsende Rohstoffe aktiv am Kohlenstoffdioxid-Kreislauf beteiligt. Pflanzen binden bei der Photosynthese CO₂. Bei der Verbrennung von Holz wird dieses freigesetzt, sodass durch anschließende Kohlenstoffabscheidung und -bindung Energiegewinnung mit negativen Emissionen kombiniert werden könnte. Diesen Vorgang nennt man Bioenergy with Carbon Capture and Storage, kurz BECCS. Das gebundene Kohlenstoffdioxid kann tief unter der Erde gelagert werden. Erste Testversuche zeigen, dass es von dort auch nicht wieder entweicht. Für BECCS werden allerdings riesige Flächen benötigt, wenn es in einem spürbaren Ausmaß betrieben werden soll, und diese Flächen werden zurzeit noch überwiegend für Landwirtschaft benötigt.

Negative Emissionen

Noch weiter als das bloße Einschränken der Emissionen bei der Kohleförderung gehen die Ansätze des Physikers Klaus Lackner, der an der Arizona State Universität das Center for Negative Carbon Emissions gegründet hat. So können Harze, die normalerweise zur Bereinigung von nitratverseuchtem Wasser genutzt werden, wenn sie trocken sind, auch Kohlenstoffdioxid aufnehmen. Werden sie wieder feucht, kann das CO₂ freigesetzt und in Kalziumcarbonat gebunden werden. Lackner hat berechnet, dass eine Anlage von der Größe eines Sattelanhängers eine Tonne Kohlenstoffdioxid pro Tag entfernen kann. Bei einem CO₂-Ausstoß von derzeit 36 Milliarden Tonnen pro Jahr würde es daher allerdings 100 Millionen Anlagen brauchen, um überhaupt mit den neuen Emissionen mithalten zu können.

Verbände man jedoch auch diese Technik mit Energiegewinnung – durch eine Art künstliche Photosynthese – könnten, so Lackner, die gesamten von Menschen verursachten Emissionen binnen fünf Jahren aus der Atmosphäre entfernt werden. Forscher der Caltech University

in Kalifornien arbeiten bereits an einem solchen Forschungsprogramm. Dessen Ziel ist es, so wie Pflanzen aus der Sonnenenergie ihre natürliche Biomasse erzeugen, Brennstoffe aus Sonnenenergie zu gewinnen. Solche Experimente gibt es bereits seit den 1970er Jahren. Diese Technologie wäre nicht nur emissionsfrei, sondern hätte zusätzlich unerschöpflichen Nachschub. 1998 gelang es einem ersten Forscherteam ein System zu entwickeln, das zwölf Prozent der eingestrahnten Sonnenenergie in Kraftstoff umwandelt – wogegen Blätter gewöhnlich nur ein Prozent speichern. Doch die Herstellung dieses Systems bringt hohe Kosten mit sich, die dem Wirkungsgrad bislang noch nicht entsprechen.

Zukunftsvisionen

Während die Verbindung von Energiegewinnung mit negativen Emissionen zurzeit noch Zukunftsvisionen sind, wird die Idee der Kohlenstoffdioxid-Entfernung bereits in ersten Anläufen umgesetzt. So beginnen zum Beispiel erste Firmen in Kalifornien (Carbon Engineering), New York (Global Thermostat) und Zürich (Climeworks), die Technik kommerziell anzuwenden und setzen dabei auf das große Wachstumspotential. Denn nach wie vor werden etwa 80 Prozent des weltweiten Energiebedarfs durch Rohstoffverbrennung gedeckt. Während sich dieser Anteil seit den 1980er Jahren kaum verändert hat, ist die absolute Verbrennmenge mit steigendem Energiebedarf drastisch gestiegen. Doch bisher ist die Infrastruktur für negative Emissionen kaum ausgebaut. Außerdem braucht auch dieser Vorgang Energie. Damit der Effekt erhalten bleibt, müssen emissionsfreie Energiequellen weiter ausgebaut werden.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen hat in seinem Bericht von 2017 festgestellt, dass die Zusagen zur Reduzierung des Kohlenstoffdioxid-Ausstoßes der einzelnen Länder – sofern sie denn eingehalten werden – nach wie vor eine große Lücke aufweisen zu dem, was eigentlich nötig wäre, um die Klimaerwärmung zu beschränken. Im letzten Jahr wurden erstmals auch negative Emissionen als nötiger Schritt zur Erreichung der international festgelegten Ziele genannt. Doch dazu bedarf es einer aktiven Förderung der Forschung zu diesen Techniken sowie der Herstellung von Absatzmärkten. Ein Preis für das Ausstoßen von Kohlenstoffdioxid als Abfallprodukt wäre hierfür ein erster bedeutender Schritt. Es würden Anreize geschaffen, solche Innovationen voranzutreiben. Will Deutschland weiter eine Vorreiterrolle in der Energiewende einnehmen, so muss sich die Klimapolitik an dem orientieren, was realistisch zur Erreichung der Ziele beitragen kann. Alles andere ist nur Augenwischerei.



LARISSA SAAR (21) studiert in Bonn und leitet im Internationalen Komitee die Naher Osten- und Nordafrika-Gruppe. Vor allem im Wahlkampf zur Bundestagswahl ist ihr aufgefallen, dass innovative Ideen in der Klimapolitik bislang kein Gehör finden. Ihr erreicht sie unter larissa.saar@julius.de

Nehmen wir das Problem endlich ernst!

Wenn ich mit anderen über das Thema Wolf diskutiere, dann schlägt mir oft Unverständnis oder sogar Wut entgegen. Das liegt daran, dass ich zu denen gehöre, die die kritische Position der FDP zu diesem Thema unterstützen und die sich für eine Jagdfreigabe des Wolfes aussprechen.

Denn für viele Menschen stellt der Wolf bereits ein reales Problem dar. Nicht unbedingt für sie selbst, mindestens aber für ihre Haus-, Weide- und Nutztiere. Allein in Niedersachsen fielen dem Wolf im vergangenen Jahr 355 Weidetiere zum Opfer. In manchen Fällen wurden sogar gleich über ein Dutzend Tiere gerissen. Dabei handelt es sich nicht etwa um Ausnahmefälle aggressiver Problemwölfe, sondern um ein ganz natürliches und arttypisches Verhalten. Weidetiere sind in der Regel eingezäunt, können also nicht fliehen und geraten logischerweise in Panik. Das versetzt den Wolf in einen Blutrausch, sodass er mehr Tiere tötet, als er eigentlich frisst. Angesichts dieser hohen Opferzahlen müssen die Interessen der Weide- und Nutztierhalter endlich ernst genommen werden. Hieran hängen letztendlich Existenzen.

Dass so viele Weidetiere gerissen werden, zeigt auch, dass der präventive Herdenschutz durch immer höhere und modernere Zäune oder sogenannter Herdenschutzhunde eben nicht das Allheilmittel ist. Wölfe finden schnell neue Wege, um auf Weiden zu gelangen. Es gibt Fälle, bei denen sogar fast zwei Meter hohe Zäune übersprungen oder umgangen wurden. Und auch die Ausbildung, Anschaffung und Haltung von Herdenschutzhunden ist langwierig, kompliziert und sehr teuer. Natürlich muss auch der präventive Herdenschutz weiter ausgebaut werden, aber er allein löst das Problem leider nicht. Ein umfangreicher und effektiver Herdenschutz kann nur gewährleistet werden, wenn der Wolf auch bejagt werden darf.

Die Rückkehr des Wolfes nach Niedersachsen kostete das Land bereits 2,3 Millionen Euro. Als Liberale liegt es uns im Blut, genau darauf zu achten, wofür Steuergelder ausgege-

ben werden. Vor allem Subventionen stehen wir erst einmal kritisch gegenüber. Und auch beim Thema Wolf gibt es immer wieder Stimmen, die sagen, dass die Weide- und Nutztierhalter die Kosten für den präventiven Herdenschutz oder gerissene Tiere doch alleine tragen sollen. Mögliche Schäden durch den Wolf würden nun mal eine Art Berufsrisiko darstellen. Auch ich würde dieses Geld lieber für andere Dinge ausgeben. Aber Fakt ist, dass das ausgezahlte Geld in den meisten Fällen trotzdem nicht ausreicht, um die durch den Wolf entstandenen Schäden auszugleichen oder den Betroffenen die Finanzierung eines umfangreichen Herdenschutzes zu ermöglichen. Und da es nun mal nicht die Landwirte und Jäger sind, die sich mehrheitlich für die Rückkehr des Wolfes aussprechen, sondern die politischen Vertreter der Bevölkerungsmehrheit in den Parlamenten, sollte die Allgemeinheit auch die Folgekosten tragen. Ganz im Sinne des Verursacherprinzips.

Viele verteidigen den Wolf mit dem Argument der Artenvielfalt. Mit dem Wolf kehrt seit langem wieder ein Großraubtier nach Deutschland zurück. Doch genau hier liegt auch das Problem. Der Wolf hat in Deutschland keinen natürlichen Feind und findet reichlich Beute. Dadurch vermehrt er sich schnell und droht schon jetzt, die ersten Tierarten in Deutschland auszulöschen, darunter zum Beispiel das Mufflon. Die Population des Wolfes in man-

chen Teilen Deutschlands ist schon heute nicht mehr verhältnismäßig. Zum Vergleich: In Schweden, das fast zehnmal so groß wie Niedersachsen und viel dünner besiedelt ist, leben nur etwa doppelt so viele Wölfe. Während die Wolfspopulation in Schweden bereits durch Jagd beschränkt wird, streitet man sich bei uns noch darüber. Das ist Irrsinn. Vor allem, wenn man bedenkt, dass die Bundesländer, in denen der Wolf wieder Zuhause ist, von Landwirtschaft und der Weide- und Nutztierhaltung geprägt und eben keine großen Naturschutzgebiete sind.

Abschließend möchte ich noch einmal deutlich sagen: Es geht nicht darum, den Wolf wieder vollends auszurotten, sondern lediglich darum, seine Population auf ein Deutschlands Größe, Bevölkerungsdichte und Kulturlandschaft entsprechendes Maß zu beschränken. Dazu ist es notwendig, die Wolfspopulation wie die Population nahezu jeden anderen Wildtieres durch Jagd zu regulieren.



HELGE GÖLZAU (21) studiert Politik- und Geschichtswissenschaft an der Universität Osnabrück, wo er als Schatzmeister der dortigen Liberalen Hochschulgruppe sowie der JuLis aktiv ist. Agrar- und Umweltpolitik liegen ihm besonders am Herzen. Ihr erreicht ihn unter helge_guelzau@julis.de

GEHÖRT
DER
INS
WOLF
JAGDRECHT?



Freiheit für den Wolf!

Reduzierung des Bestands. Entnahme von Rudeln. Schon länger kursieren solche Euphemismen im liberalen Umfeld – nun beantragte die FDP-Fraktion im Bundestag, den Beschuss von Wölfen wieder zu erlauben. Über 100 Jahre lang gab es keinen Wolf mehr in Deutschland. Früher waren Wölfe heimisch auf der gesamten Nordhalbkugel und eines der weltweit verbreitetsten Großsäugetiere. Durch intensive Bejagung, den Rückgang seines Lebensraumes und seiner Beutetiere wurden sie im Großteil Europas ausgerottet.

Ungefähr 300 Wölfe gibt es nun wieder in unserem Land. Insgesamt sind das nicht einmal 40 Rudel. Das ist keineswegs genug, um genetische Stabilität über Generationen zu gewährleisten. Im Vergleich dazu: Andere europäische Wolfspopulationen sind deutlich größer, zum Beispiel leben circa 3900 Wölfe im Balkan und 2500 in Portugal und Spanien.

Dennoch mehren sich schon länger die Probleme mit Wölfen. Immer mehr Landwirte erleiden hohe wirtschaftliche Schäden. Und für den Umgang mit Wölfen fehlt noch Rechtssicherheit. Welche finanziellen Folgen hat es zum Beispiel, wenn ein Wolf auf der Fahrbahn einen Unfall verursacht? Die Idee, die Spezies Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen, hat der Bundesausschuss Landwirtschaft und Ernährung ausführlich diskutiert und bei der FDP als Antrag eingebracht. Über das Jagdrecht könnten unter anderem Versicherungsfragen bei Schäden durch Wildtiere geklärt werden. Eins war damit aber nicht gemeint: Den Wolf zur Jagd freizugeben. Im Jagdrecht gibt es viele Tiere mit einer ganzjährigen Schonzeit, die nie zur Jagd freigegeben sind. Fangquoten machen nur Sinn, wenn die Tierpopulation sich mit Sicherheit davon erholen kann.

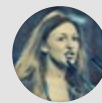
Eins der Hauptargumente, den Wolf zu bejagen: Der Wolf habe keine natürlichen Feinde mehr. Doch hatte der Wolf jemals natürliche Feinde? Der größte Feind des Wolfes war immer der Mensch. Letztendlich werden hier Ursache und Wirkung verkehrt. Weil der Mensch den Wolf unnatürlich mit Gewehren jagte, weil wir ihn zu Gunsten der Landwirtschaft vertrieben, steht er unter Artenschutz. Bei der Frage,

ob wir nun aus wirtschaftlichen Gründen wieder jagen, geht es daher um das Existenzrecht des Wolfes.

Als 2004 der Wolf langsam aber sicher zurückkehrte, beschlossen die JuLis zurecht Wolfsschutz in Europa. Das bedeutete eine strenge Ahndung der Wolfsjagd, Verringerung der Fangquote in Wolfsregionen und Aufklärungsarbeit gegen Ängste.

Wölfe sind scheu gegenüber Menschen. Ohne Provokation greifen sie uns nicht an. Weltweit stirbt einer von 25000 Menschen durch einen Hund. Wölfe greifen dagegen auch in Regionen, wo sie weit verbreitet sind, kaum Menschen an. Im tollwutfreien Deutschland ist die Gefahr aggressiver Wölfe besonders gering. Für die Ausnahmen, in denen sich Wölfe doch mehrfach Menschen nähern, verhalten-sauffällig oder aggressiv werden, haben einige Bundesländer bereits Regelungen geschaffen. Diese gilt es nun, fortlaufend zu verbessern.

Wölfe jagen zuerst immer leichte Beute – daher reißen sie Schafsherden, Hühner und andere domestizierte Tiere. Diese sind meist in unnatürlich großer Zahl auf einem Fleck verfügbar, können vor Ort nicht fliehen oder sind biologisch nicht für eine Flucht gerüstet. Um dieses Problem zu lösen, muss es für Wölfe einfacher sein, Wild in der Natur zu fangen als Tiere aus der Landwirtschaft. Hierzu müssen wir Nutztiere besser einzäunen und schützen. Anstatt natürliche Raubtiere zu bekämpfen, sollten wir zu dem überprüfen, ob die heutige Jagd auf Wild Wölfen genug Beute zur sicheren Rückkehr in die Natur lässt. Um Biodiversität nachhaltig in unseren Ökosystemen zu verankern, brauchen wir einen regen und konstruktiven Austausch zwischen Jägern, Landwirten, Naturschützern, Politik und Wissenschaft. Für Restrisiken der Landwirte brauchen wir bessere Ausfallfonds, Haftungsregelungen und Versicherungsmodelle. Wer ernsthaft für gelebten Naturschutz ist, muss letztendlich ertragen, dass es Wölfe nicht nur in eingezäunten Gehegen gibt und sich ihre Wege ab und zu mit dem Menschen kreuzen. In anderen Worten: Es muss auch Freiheit für den Wolf geben.



BERET ROOTS (32) ist Diplom-Psychologin. Sie war früher Mitglied im Bundesvorstand der JuLis und vertritt seit 2012 die JuLis im FDP-Bundesausschuss Landwirtschaft und Ernährung. Ihr erreicht sie unter roots@julis.de

Nachdem er lange Zeit in Deutschland ausgerottet war, ist der Wolf heute wieder in unseren Wäldern heimisch. Seit Jahren steigt die Wolfspopulation beständig. Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag hat nun eine Gesetzesinitiative vorbereitet, um den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Dafür gab es schon jetzt viel Gegenwind. Was sagen wir Junge Liberale dazu?





WARUM ZOOS DEN LÖWENANTEIL AM ARTENSCHUTZ HABEN

Jeder kennt die Bilder: Ein Löwe, ein Tiger, oder ein Bär, die trostlos hinter rostigen Gitterstäben auf kaltem Betonboden hausen. Tiere, die in freier Wildbahn gefürchtete Jäger sind gebrochen, unterdrückt, gedemütigt. Aber geht das nicht auch anders?

Es ist ein ewiges Spiel: Tierschützer wettern gegen Zoos, Zooverbände halten dagegen. Die Vorwürfe sind dabei stets dieselben – die Tiere hätten in Gefangenschaft nichts zu suchen und wären in freier Wildbahn besser aufgehoben. Die Zoos dagegen bringen hervor, nicht nur Freizeitwert zu haben, sondern auch wissenschaftliche Projekte zu fördern und wichtige Bildungsarbeit zu leisten. Des Weiteren leisteten zoologische Gärten wichtige Beiträge im Artenschutz.

Artenschutz. Ist das nicht das mit diesem Panda?

Tiger, Elefanten und Pandabären kennt jedes Kind. Dass sie gefährdet sind, ja womöglich sogar vom Aussterben bedroht, ist inzwischen beinahe eine Selbstverständlichkeit. Der knuffige Panda ist ja sogar Logo des WWF. Das erscheint schlüssig. Nur was hat

ein Zoo mit Artenschutz zu tun? Wären geschützte Reservate in freier Wildbahn nicht sinnvoller? Nun, Reservate und Naturschutzgebiete sind sicherlich ein wichtiges Element im Artenschutz, indem sie Rückzugsorte für die Tierwelt bieten. Leider sind diese jedoch oft nur unzureichend gegen Wilderei geschützt und auch der Genpool in einem Reservat ist begrenzt.

Fakt ist jedenfalls, dass fast jedes Kind von Klein auf Tiere im Zoo kennenlernt. Für das, was der Mensch kennt, kann er sich begeistern und er kann es schützen. Fakt ist aber leider auch, dass Tiere, die in freier Wildbahn in riesigen Territorien vorkommen und komplexe Verhaltensweisen haben, auf zu engem Raum gehalten werden. Um die Arterhaltung in Zoos zu koordinieren und die Genpools möglichst groß zu halten, gibt es internationale Verbände, welche die einzelnen Tierbestände überwachen.

Eine traurige Tatsache ist, dass nicht wenige Tierarten in freier Wildbahn bereits ausgestorben waren und ausschließlich in Zoos erhalten und erfolgreich wieder ausgewildert wurden. Hinzu kommen all diejenigen, die in zoologischen Gärten ihr Interesse an der Tierwelt und dem Artenschutz entdeckten

und sich später aktiv engagieren. Ich bin einer von ihnen. Entsprechend lässt sich also durchaus sagen, dass die zoologischen Einrichtungen einen wichtigen Beitrag für den Artenschutz leisten. Und ja, auch wenn Tiger hunderte Quadratkilometer große Reviere haben, ist ein Arterhalt ohne die vergleichsweise kleinen Gehege in Zoos kaum möglich. Aber betrachten wir es mal so: Ein Tigerkater durchstreift sein Revier auf der Suche nach zwei Dingen: Nahrung und Weibchen. Nahrung bekommt er im Zoo regelmäßig und die Weibchen werden ihm im Rahmen des Artenschutzes kaum vorenthalten werden. Und überhaupt sind Tiger mit einem so riesigen Revier das beste Beispiel dafür, warum eine Arterhaltung mit Reservaten kaum möglich ist.

Artenschutz erfordert also eine Haltung von Tieren in Zoos. Gleichwohl muss aber darauf geachtet werden, durch Mindeststandards eine adäquate und tiergerechte Umgebung für die Tiere zu schaffen. Gehege ist natürlich nicht gleich Gehege: Während früher vor allem möglichst einfache Käfige für die Tiere hergerichtet wurden, zeichnen sich moderne Zoos durch den Nachbau der ursprünglichen Tierhabitate aus. Es wird versucht, die

Tiere zu beschäftigen, beispielsweise durch Vergesellschaftung mit anderen Tierarten oder verstecktem Fressen, was als Ersatz nach dem Verlust anderer Beschäftigung, beispielsweise der Suche nach Partnern und Nahrung, wichtig ist.

Ein Krokodil im Hauskeller

Aber nicht nur Zoos stehen unter gesellschaftlichem Dauerbeschuss. Auch private Tierhalter haben es zunehmend schwieriger. Es mag skurril klingen und ja, womöglich auch ein wenig verrückt sein, aber es gibt eine nicht geringe Anzahl an Personen, die exotische Tiere zu Hause halten. Die Bandbreite reicht dabei von kleinen Geckos über Krokodile, Anakondas und Kobras bis hin zu Geparden, Wüstenfüchsen und Stinktieren. Manche Leute haben sogar ihren gesamten Keller umgebaut, um dort eine Krokodilzuchtanlage herzurichten. Um ehrlich zu sein: Zumindest zu denen, die ein Stinktier halten, gehörte ich eine ganze Zeit lang selbst. Nicht selten züchten auch Privatpersonen bedrohte Tierarten, welche häufig von den zoologischen Einrichtungen nicht ausreichend erfasst werden, in Eigeninitiative und tragen so massiv zum Arterhalt bei. Während die Tierhaltung in Zoos im Allgemeinen akzeptiert wird, stoßen private Tierhalter oft auf gemischte Reaktionen. Neugier und Skepsis sind häufig und Tierschutzorganisationen fordern nicht selten ein absolutes Verbot einer privaten Haltung außergewöhnlicher Haustiere. Die Tiere könnten privat kaum artgerecht untergebracht werden, eine Tierquälerei sei vorprogrammiert, ebenso Missglücke mit gefährlichen Tieren. Doch was der Einzelne dem Tier bieten kann oder eben nicht, ist nicht verallgemeinerungsfähig. Sicherlich gibt es einige „schwarze Schafe“ in der privaten Tierhaltung, allerdings sind diese kaum für alle privaten Tierhalter repräsentativ. Mein Stinktier Chanel lebte bei mir im Garten, hörte auf ihren Namen und ging mit mir spazieren – es gibt Stinktiere, die haben ein schlechteres Leben. Leider reagiert die Politik häufig auf die unsachlichen Aufschreie des Tierschutzes, obendrein mit Symbolpolitik. In Hessen wurde beispielsweise die generelle Haltung von Tieren, die dem Menschen gefährlich werden könnten, verboten, wovon gewerbliche Tierhaltung ausgenommen ist. Dies klingt zunächst insoweit vernünftig, als dass Personen, die sich mittels einer Kobra, die bis dahin frei verkäuflich war und von jedem Volljährigen spontan erworben werden konnte, profilieren wollen, die Haltung jener Tiere untersagt wird. Es hatte aber

zur Folge, dass die seriösen Personen, die bereits seit Jahren privat solche Tiere hielten, möglicherweise sogar einen entsprechenden Sachkundenachweis besaßen, ausgebildete Tierpfleger oder gar Biologen waren, ihre Tiere nicht mehr legal halten konnten, ohne ein Gewerbe, beispielsweise einen Zoohandel, anzumelden. Um einen Zoohandel zu führen, bedarf es einer entsprechenden Sachkundeprüfung. Für einen seriösen Tierhalter stellt dies natürlich kein Problem dar, aber ein Gewerbe zu gründen ist in Deutschland bekanntlich sehr schwer. Beinahe unmöglich ist es aber, ein Gewerbe zu führen, an dessen Bestehen nicht das übliche Interesse hängt, zumal die gewohnte Erwerbstätigkeit selbstverständlich fortgeführt wird.

Für uns Liberale sollten solche willkürlichen und nicht zielführenden Verbote nur schwer nachvollziehbar sein. Sinnvoller wäre vielmehr ein für private Tierhalter verpflichtender Sachkundenachweis, welcher die persönliche Eignung zur Tierhaltung bescheinigt. Die private Tierhaltung ist nicht nur für den Artenschutz essentiell, sondern schlichtweg auch Hobby vieler Menschen, die den Tieren mindestens dieselben Standards bieten, welche in Zoos vorzufinden sind, häufig sogar mehr. Einer geregelten Tierhaltung ist nichts entgegenzusetzen – einem unsachlichen generellen Verbot schon.

Letztendlich lässt sich festhalten, dass Tierhaltung immer einen Kompromiss darstellt. Die Gefangenschaft kann, wie es der Wortlaut bereits hergibt, die Freiheit des Tieres im natürlichen Lebensraum niemals ersetzen. Sie kann aber weitaus angenehmer gemacht werden, als es oft der Fall ist. Sowohl für das Tier, dessen Zucht in Gefangenschaft für den Arterhalt leider unerlässlich ist, aber auch für die Verantwortlichen, die sich leider zunehmend unsachlicher Vorwürfe und politischer Willkür ausgesetzt sehen, statt erfolgreich und zielführend Arbeiten zu können. Wir können und müssen deshalb tiergerechte Tierhaltung unterstützen und fördern, indem wir einen geregelten Rahmen schaffen, der die Belange der Tiere mit denen des Artenschutzes und der Tierhalter berücksichtigt, anstatt blindlings mit symbolischen, aber verfehlten, Verboten um sich zu werfen.



JONAS BAYER (19) engagiert sich als ehrenamtlicher Museumspädagoge im Centrum für Naturkunde der Universität Hamburg und ist Artenschutzbeauftragter des Verbandes Deutscher Vereine für Aquarien- und Terrarienkunde. Ihr erreicht ihn unter bayer@julius.de

Photo by Joshua Hoehne on Unsplash

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint vierteljährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement. Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):
Laura Schieritz (schieritz@julius.de)

Autoren:
Jonas Bayer, Michael Bödecker, Franziska Brasse, Florian Burger, Carl Cevin-Key Coste, Helge Gölzau, Phil Hackemann, Dr. Lukas Köhler, Beret Roots, Larissa Saar, Katharina Schreiner, Ria Schröder, Timo Taaks, Victorica von Renesse, Oliver Weiss

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an schieritz@julius.de schicken.

Bildnachweise
Cover: Linnea Sandbakk/Unsplash
S.7: Quino AI/Unsplash
S.14: Iker Urteaga/Unsplash
S.16: Ishan@seefromthesky/Unsplash
© JuLiS/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin
Illustrationen dieser Ausgabe wurden mithilfe Materials von unsplash.com erstellt und sind nicht gesondert ausgewiesen.



FÜR UNSERE GESUNDHEIT

MACHT **KRANKENPFLEGERIN**

LUNA DIE NACHT ZUM TAG.

WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.
Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/luna

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**